

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Byrte Janßen
Ausschussmitglied Jasmin Tegge

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussvorsitzender Howard Jacques
Ausschussmitglied Hermann Stolle

Mitglied WBV-Fraktion

Ausschussmitglied Katja Breuer

Mitglied Gruppe UWG/Grüne

Ausschussmitglied Barbara Ober-Bloibaum

es fehlten entschuldigt

Ausschussmitglied Stefan Becker
Ausschussmitglied Jörn Felbier
Stellv. Ausschussvorsitzender Björn Heinisch

als Gast

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis

von der Verwaltung

Jens Stoffers
Jens Müll
Gerd-Dieter Mönck
Ellen Seehausen
Dagmar Rieken

Erster Stadtrat
Referatsleiter 4
Fachbereichsleiter Personalservice
Gleichstellungsbeauftragte
Protokollführerin

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vom 21.09.2015
- 4 **Vorlage an den Rat**
- 4.1 Weiterbildung der Rettungsassistenten im Fachbereich 37 zum Notfallsanitäter **270/2015**
- 5 **Vorlagen an den Verwaltungsausschuss**
Angelegenheiten von Beamten
- 5.1 Beförderung – Jörg Harms **264/2015**
Ausnahmen vom Einstellungsstopp
Angelegenheiten von Beschäftigten
- 5.2 Unbefristete Einstellung von Beschäftigten im Kommunalen Ordnungsdienst **272/2015**
- 5.3 Unbefristete Einstellung einer/eines Diplom-Ingenieur/in für das Amt für Umweltschutz und Bauordnung **275/2015**
- 5.4 Unbefristete Einstellung von Sozialarbeitern/Sozialarbeiterinnen für den Jugendsozialdienst **299/2015**
- 6 Mitteilungen und Anfragen
- 6.1 3. Nachtragshaushalt 2015/2016
Stellenplan 2015/2016
- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Jacques eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde unter Eingliederung einer weiteren VA-Vorlage im öffentlichen Teil unter Punkt:

5.4 „ Unbefristete Einstellung von Sozialarbeitern/Sozialarbeiterinnen für den Jugendsozialdienst“

festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vom 21.09.2015

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 21.09.2015 wurde bei zwei Stimmenthaltungen wegen Nichtteilnahme genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Weiterbildung der Rettungsassistenten im Fachbereich 37 zum Notfallsanitäter

270/2015

Der Vorsitzende **Herr Jacques** trug den Beschlussvorschlag vor und berichtete davon, dass es im letzten Jahr noch angedacht worden sei, Rettungsassistenten intern auszubilden. Dies habe man seitens der Verwaltung verworfen. **Herr Jacques** bat **Herrn Müll** um nähere Ausführungen.

Herr Müll gab bekannt, dass eine „wachbegleitende Fortbildung“ wie zuerst vorgesehen, nicht durchführbar sei. Anhand einer PowerPoint Präsentation informierte er über die Einführung des Notfallsanitätergesetzes (NotSanG) und den jetzigen Stand der Entwicklung. **Herr Müll** beschrieb den Verlauf der Weiterbildung von Rettungsassistenten und erklärte den Bedarf an Notfallsanitätern bei der Berufsfeuerwehr. Berechnet wurde ein Fortbildungsbedarf für 15 bis 20 Mitarbeiter. Des Weiteren stellte **Herr Müll** die Kosten dieser Weiterbildung an einer eigenen NotSan-Schule den Kosten gegenüber, die bei einer externen Schulung anfielen. Hierbei ergab sich, dass die Kosten beim Besuch einer externen Schule insgesamt um ca. 190.000 € geringer wären. Er berichtete über verschiedene externe Firmen, die bereits diese Schulungsmöglichkeiten anbieten.

Frau Ober-Bloibaum las ein Schreiben der Gewerkschaft Verdi „Fachgruppe Feuerwehr“ vor, aus dem hervorging, dass die angedachte Zahl der fortzubildenden Mitarbeiter von 20-25 Personen bei weitem nicht ausreiche. **Herr Müll** stellte deutlich heraus, dass er den im Schreiben aufgestellten Theorien nicht folgen könne. Er verdeutlichte die Berechnungsfehler und widerlegte die Darlegungen dieses Schreibens. Mit bis zu 25 Notfallsanitätern sei die Stadt richtig aufgestellt. Aufgrund der Nachfrage von **Herrn Jacques** bestätigte er, dass bei nachgewiesenem Bedarf an

Notfallsanitätern selbstverständlich weitere Ausbildungen folgen könnten.

Abschließend diskutierten die Ausschussmitglieder über das Für und Wider einer eigenen Schule. **Herr Müll** beantwortete Fragen und beseitigte bestehende Unklarheiten, bevor Herr Jacques um Abstimmung bat.

Beschluss: - zugestimmt bei einer Gegenstimme (Frau Ober-Bloibaum) -

Zur Sicherstellung des Rettungsdienstbedarfsplanes der Stadt Wilhelmshaven sollen 20-25 Rettungssanitäter durch **externe** Notfallsanitäterschulen bis zum Jahr 2021 zu Notfallsanitätern (NotSan) weitergebildet werden. Der Aufbau einer eigenen Notfallsanitäterschule ist nicht wirtschaftlich.

5 **Vorlagen an den Verwaltungsausschuss**

5.1 **Beförderung – Jörg Harms**

264/2015

Der Vorsitzende **Herr Jacques** trug den Beschlussvorschlag vor und bat um Wortmeldungen.

- Keine Wortbeiträge -

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Der Stadtinspektor Jörg Harms, Fachbereich Soziales, ist vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zum nächstmöglichen Zeitpunkt zum Stadtoberinspektor zu ernennen.

5.2 **Unbefristete Einstellung von Beschäftigten im Kommunalen Ordnungsdienst**

272/2015

Der Vorsitzende **Herr Jacques** trug den Beschlussvorschlag vor und bat um Wortmeldungen.

- Keine Wortbeiträge -

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Zum nächstmöglichen Zeitpunkt werden Beschäftigte (bis zu fünf Vollzeitäquivalente) als Außendienstmitarbeiter/innen im Kommunalen Ordnungsdienst nach Entgeltgruppe 6 TVöD in Teil- und/oder Vollzeit unbefristet eingestellt.

5.3 **Unbefristete Einstellung einer/eines Diplom-Ingenieur/in für das Amt für Umweltschutz und Bauordnung**

275/2015

Der Vorsitzende **Herr Jacques** trug den Beschlussvorschlag vor und bat um Wortmeldungen.

- Keine Wortbeiträge -

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Zum nächstmöglichen Zeitpunkt wird ein/e Diplom-Ingenieur/in nach Entgeltgruppe 11 TVöD mit einer regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von 19,5 Stunden für das Amt für Umweltschutz und Bauordnung unbefristet eingestellt.

5.4 Unbefristete Einstellung von Sozialarbeitern/Sozialarbeiterinnen für den Jugendsozialdienst **299/2015**

Der Vorsitzende **Herr Jacques** trug den Beschlussvorschlag vor und bat um Wortmeldungen.

Frau Tegge äußerte Bedenken zu dieser Vorlage. Man nehme dem Ausschuss die Entscheidungskompetenz, wenn die Verwaltung ohne Beschluss externe Einstellungen von Sozialarbeitern vornehmen könne. **Herr Stoffers** erwiderte, dass bereits durch die Obergrenze auf der Basis von 30 Leistungsfällen pro Vollzeitstelle eine Kontrolle eingebaut sei. Mit der Genehmigung dieser Vorlage würde der Verwaltung nur die Möglichkeit gegeben, zeitnaher zu reagieren. Durch die äußerst hohe Fluktuation in diesem Bereich wäre die Verwaltung wesentlich flexibler in der Wiederbesetzung von Stellen. Zurzeit wäre ein Bedarf von vier vakanten Stellen erkennbar. **Herr Stoffers** zeigte auf, warum gerade in diesem Bereich ein immenser Personalwechsel resultiere. **Herr Mönck** fügte hinzu, wie wenig Bewerbungen bei befristeten Stellenausschreibungen eingingen, da der Bedarf an Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern auf dem Arbeitsmarkt gegenwärtig riesengroß wäre.

Frau Breuer machte den Vorschlag, eine zeitliche Begrenzung in die Vorlage einzufügen, um der Verwaltung die derzeit benötigte Handlungsfähigkeit zu geben, aber auch um nach der Befristung ein Resümee zu ziehen. Infolgedessen diskutierten die Ausschussmitglieder über die festgesetzte Leistungsfallzahl pro Mitarbeiter sowie über den verzögerten Verlauf von Einstellungen durch Zustimmungen und Vorlagen.

Frau Breuer stellte abschließend folgenden Änderungsantrag zur Beschlussvorlage (die Beschlussvorlage wird wie folgt ergänzt):

„Dies Verfahren gilt zunächst bis zum 30.06.2017.“

Beschluss des Änderungsantrags:

- zugestimmt bei einer Stimmenthaltung –

Beschluss: **- einstimmig zugestimmt –**

Zur Deckung des erforderlichen Personalbedarfs im Jugendsozialdienst des Jugendamtes auf der Basis von 30 Leistungsfällen pro Vollzeitstelle (angemessene Auslastungszahl) wird die Verwaltung ermächtigt, Sozialarbeiter/innen extern einzustellen.

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 3. Nachtragshaushalt 2015/2016 Stellenplan 2015/2016

Aufgrund der Kürze der Sitzung fragte **Herr Jacques** die Ausschussmitglieder, ob noch Klärungsbedarf zu dem Thema 3. Nachtragshaushalt und Stellenplan 2015/2016 bestünde. **Herr Stoffers** informierte kurz über die Neubewertung einer Stelle. Diese Planung wurde bereits in den Klausurberatungen vorgestellt und würde in den Unterlagen für die vorbereitenden Ausschüsse (FiWi und VA) noch abgebildet. Die Ausschussmitglieder nahmen Kenntnis.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 14:50 Uhr

gez.

Jens Stoffers
Erster Stadtrat

gez.

Howard Jacques
Ausschussvorsitzender

gez.

Dagmar Rieken
Protokollführerin